

Fabio De Masi

DIE LINKE. im Europaparlament

Confederal Group of the European United Left - Nordic Green Left (GUE/NGL)

Committee on Economic and Monetary Affairs, Member

Committee on Transport and Tourism, Substitute

An Herrn Präsident Juncker

Europäische Kommission

Charl 9/234

Rue de la loi, 200

1049 Brüssel, Belgien

Brüssel, 24.09.2015

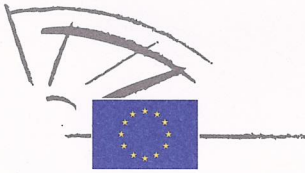
Sehr geehrter Herr Präsident,

Im Rahmen der Befragung durch den Sonderausschuss zu Steuervorbescheiden und anderen Maßnahmen ähnlicher Art oder Wirkung (TAXE) des Europäischen Parlaments am 17. September 2015, führten Sie zu meiner Frage nach der unveröffentlichten Seite des Krecké Berichts über die Steuerpraxis des Großherzogtums Luxemburg unter anderem aus: "Ich wusste nicht bis zu dem Zeitpunkt, wo Herr Krecké in einem Interview kundgetan hat, dass er eine Seite aus seinem Bericht nicht in den offiziellen Bericht geschrieben hätte, dass es diese Seite gab. Und ich habe ihn auch nicht aufgefordert diese Seite aus seinem Bericht zu entfernen, weil ich wusste überhaupt nicht, dass es eine derartige Seite gäbe (...). Weil auf dieser Seite, über die ich nicht verfüge und deshalb braucht auch niemand mit mir in den Keller zu gehen (...)."

Diese Aussage steht im Widerspruch zu der Feststellung ihres ehemaligen sozialdemokratischen Wirtschaftsministers Jeannot Krecké gegenüber der Journalistin Véronique Pujol der Zeitung Paperjam sowie dem Luxemburger Radiosender 100,7 im November 2014, wonach Herr Krecké drei vollständige Versionen des Berichts mit der besagten Seite angefertigt hat und Ihnen in Ihrer Funktion als Premierminister davon eine zukommen ließ, unter anderem inklusive der Empfehlung, die Auswirkungen der Vergabe von Steuervorbescheiden einer genaueren Prüfung zu unterziehen. Diese Aussage bestätigte Herr Krecké gegenüber diesem Radiosender am 17. September 2015 erneut.

Ferner erklärte Herr Krecké gegenüber Frau Pujol noch am Tag Ihrer Befragung im TAXE-Ausschuss, dass er Ihnen nicht nur im Jahre 1997, sondern zusätzlich auch nach seinen Äußerungen im November 2014 eine Version des Krecké Report übermittelt hätte, welche die von mir angesprochene und vom TAXE-Ausschuss mit der Anfrage nach dem vollständigen Krecké Bericht angeforderte Seite enthielt. Dies sei erforderlich gewesen, da sich beide Exemplare des von Herrn Krecké an den einstigen Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion des Luxemburger Parlaments Lucien Lux sowie an Sie ausgehändigten Berichts (einschließlich der unveröffentlichten Seite über die Luxemburgische Praxis bei Steuervorbescheiden) nicht mehr auffinden ließen.

Es steht somit die Frage im Raum, ob entweder Herr Krecké falsche Angaben gemacht hat, oder Sie, Herr Präsident, dem Europäischen Parlament die Unwahrheit gesagt haben.



Fabio De Masi

DIE LINKE. im Europaparlament

Confederal Group of the European United Left - Nordic Green Left (GUE/NGL)

Committee on Economic and Monetary Affairs, Member

Committee on Transport and Tourism, Substitute

Der Umgang mit dem angesprochenen Dokument ist offenbar sehr restriktiv und der Personenkreis, der darüber verfügt, sehr eingeschränkt. Ich halte es demnach für unwahrscheinlich, dass Sie den Erhalt eines Dokuments, das wie ein Staatsgeheimnis gehütet wird, gleich zweimal übersehen haben sollen. Zumal Sie in der Befragung des TAXE-Ausschusses anmerkten, sich noch am Vortag mit Herrn Krecké über den damaligen Vorgang ausgetauscht zu haben – da Sie gemäß Ihrer Aussage wussten, "dass dies ein spannendes Thema ist". Ich bitte Sie daher zur Klärung des Widerspruchs beizutragen.

Sollte die Aussage von Herrn Krecké zutreffen, möchte ich Sie bitten, uns die Seite in Ihrer Eigenschaft als Präsident der EU-Kommission bereitzustellen, um die Ermittlungen des Europäischen Parlaments zu unterstützen anstatt zu behindern. Herr Krecké hat laut Frau Pujol betont, dass er sein Exemplar dem TAXE-Ausschuss nicht zur Verfügung stellen werde. Mein Angebot bei der Suche behilflich zu sein – ob auf dem Dachboden oder in ihrem Keller – steht weiterhin.

Sie haben wiederholt die Auffassung geäußert, die Luxemburger Steuerpraxis sei möglicherweise in der Verwaltungspraxis exzessiv, jedoch legal gewesen. Ich teile Ihre Auffassung, dass Steuerdumping nicht nur ein Problem Luxemburgs ist, sondern die gesamte EU betrifft. Laut konservativen Schätzungen entstehen dem Fiskus und somit der Allgemeinheit durch Steuerhinterziehung und -vermeidung (einschließlich Schwarzarbeit) jährlich Einnahmeausfälle von einer Billion Euro. Es ist ein Skandal, dass die große Mehrheit der Bevölkerung in der EU unter Kürzungspaketen leidet und nach harter Arbeit ehrlich Steuern abführt, während internationale Konzerne, die unsere Infrastruktur und Arbeitskräfte nutzen, mit Beihilfe von Regierungen der EU-Mitgliedstaaten die öffentlichen Kassen durch Steuerhinterziehung und -vermeidung leeren.

Ich habe jedoch ein anderes Verständnis von politischer Verantwortung als Sie und finde, man sollte sich als einstiger Regierungschef nicht hinter kleinen Beamten verstecken. Sie zeichnen sich als ehemaliger Finanzminister und Premierminister Luxemburgs für den Luxemburger Rechtsrahmen verantwortlich. Wenn Ihre Steuerpraxis dem EU-Rechtsrahmen entsprach, dürfte einer Veröffentlichung der vom TAXE-Ausschuss des Europäischen Parlaments angeforderten Seite nichts im Wege stehen. Ich mache Sie daher auf diesem Wege darauf aufmerksam, dass dies auch dem Gebot der guten Kooperation der EU-Institutionen gemäß den EU-Verträgen und somit mithin ihrer Amtspflicht entspricht.

Ich erlaube mir, den TAXE-Ausschuss über mein Schreiben in Kenntnis zu setzen und verbleibe in Erwartung Ihrer zeitnahen Antwort.

Mit freundlichen Grüßen,

Fabio De Masi

fabio.demasi@ep.europa.eu - www.fabiodemasi.de

B-1047 Brussels - WIB 03M031 - Tel. +32 2 28-45667 - Fax +32 2 28-49667

F-67070 Strasbourg - LOW T05006 - Tel. +33 3 881-75667 - Fax +33 3 881-79667